

Antragsteller: Juso-Hochschulgruppe Münster

Antrag zur Erweiterung des Gültigkeitsbereichs des Semesterticket auf das gesamte Streckennetz NRW

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Münster wird damit beauftragt bis zur nächsten Sitzung des Studierendenparlamentes die Einführung eines NRW-Semestertickets (Zusatzvertrages zum bisherigen Semesterticketvertrag, welcher die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in NRW für die Studierenden der Universität Münster zu einem Festpreis von ca. 37 Euro ermöglicht) zum Sommersemester 2009 zu prüfen. Des Weiteren soll er die notwendigen Vorkehrungen treffen um diesen Vertrag in ein wirksames Ticket umzusetzen. Dies beinhaltet unter anderem die Einreichung einer angepassten Beitragsordnung und die Abänderung des Studierendenausweises, sowie etwaige Informationskampagnen um die Studierenden über ihre neuen Möglichkeiten aufzuklären. Bei etwaigen Verhandlungen soll höchstmögliche Rechtssicherheit für die Studierendenschaft gesichert werden. Dies soll von Anfang an eng vom Semesterticketausschuss begleitet werden.

Begründung:

-

1. Mehrnutzen und soziale, sowie ökologische Bedeutung des Tickets:

Rund zwei Drittel der Studierenden an unserer Uni kommen aus Nordrhein-Westfalen. Aus diesem Grund wären sie eigentlich auf ein Semesterticket angewiesen, das einen größeren Geltungsbereich abdeckt. An einer Universität fernab der Heimatstadt ein Studium aufzunehmen bedeutet schließlich eine große Veränderung. Es gibt zunehmend Studierende, die sich in Münster keine Wohnung leisten können und für die eine Investition in ein teures Monatsticket und lange Fahrtzeiten die einzige gangbare Alternative zum teuren Münsteraner Wohnungsmarkt ist. Die Studierenden, die sich in Münster ein Zimmer leisten können, besuchen aber oftmals dennoch ein paar Mal im Semester ihre Eltern, beispielsweise, um Amtsgänge in der Heimatstadt zu erledigen, oder weil ihre Familie finanziell oder strukturell auf die Hilfe der Kinder angewiesen ist. Für einige chronisch kranke KommilitonInnen, oder Studierende mit Behinderung bleibt außerdem die Notwendigkeit und das Bedürfnis Arztbesuche in der Heimatstadt durchzuführen. Auch zwingt der Arbeitsmarkt in Münster viele KommilitonInnen in anderen Teilen von NRW zu arbeiten, oder es besteht der Wunsch einen Job, oder ein Ehrenamt in der Heimatstadt weiterhin auszuführen.

Die Liste der sozialen Gründe, die für einen erweiterten Geltungsbereich des Semestertickets sprechen ist lang. Hinzu kommt, dass das Studium an sich ebenfalls von stetigen Veränderungen geprägt ist. Ob Praktika, Exkursionen, die Forschung oder Recherche in anderen Hochschulen, die Zusammenarbeit mit ähnlichen Fachbereichen an anderen Universitäten, es braucht ein hohes Maß an Flexibilität, um all die hier angesprochenen Bereiche unter einen Hut bringen zu können. Keine

leichte Aufgabe, doch durch Lehrende, oder die Hochschulpolitik in Land und Bund, wird dies nicht honoriert. Mobilität und Flexibilität von Studierenden wird vorausgesetzt, koste es was es wolle, egal ob finanziell oder durch erheblichen organisatorischen Zeitaufwand.

Um diese großen sozialen und „beruflichen“ Herausforderungen während der Studienzeit etwas zu vereinfachen, gibt es bereits an vielen Hochschulen im Bundesland das NRW-Semesterticket. Der Preis für das im ganzen Bundesland in Nahverkehrszügen und allen öffentlichen Verkehrsmitteln (von der Wuppertaler Schwebebahn, bis zur U-Bahn in Köln oder Düsseldorf) gültige Zusatzticket würde ungefähr 37 Euro pro Semester betragen. Andere Hochschulen haben viele Erfahrungen mit dem NRW-Semesterticket gesammelt. Einerseits bei Hürden bei der Einführung. Aus diesen Problematiken können wir lernen (Datenschutz etc.). Andererseits bei der aktuellen Nutzung, wo es durchweg positives Feedback gab, außer bei der Form des Tickets an manchen Hochschulen (ein DinA4 Blatt musste mitgeführt werden – eine solche Variante sollte deshalb nicht in Frage kommen). Des Weiteren ist bei der Umsetzung an anderen Hochschulen auch zu beobachten, dass zunehmend auf PKWs verzichtet wird und Fahrten eher mit dem ÖPNV durchgeführt werden, was für die Studierenden konkret den Geldbeutel schont, aber auch die CO2 Belastung minimiert.

Aus diesen oben aufgeführten Gründen wurde von der Juso Hochschulgruppe daran gearbeitet, das Ticket auf ganz NRW auszuweiten. Wir sehen es als notwendig an, auch aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse bei der Urabstimmung, den AStA nun mit der weiteren Realisierung des Tickets zu beauftragen.

2. Beachtung des Votums der Studierenden

An der Urabstimmung zum NRW-Semesterticket haben insgesamt 13484 Studierende teilgenommen, was eine historisch hohe Wahlbeteiligung bedeutet. 9984 Studierende haben sich für ein NRW-Semesterticket ausgesprochen, was deutlichen 74% entspricht. Lediglich 21% der Abstimmenden haben sich gegen die Erweiterung ausgesprochen. Damit hat sich bei der Urabstimmung, dem demokratischsten aller Mittel in unserer verfassten Studierendenschaft, eine dreiviertel Mehrheit für das Ticket ausgesprochen. Eine deutliche Mehrheit unter den Menschen übrigens, die dieses hohe Haus gewählt hat. Um es deutlich zu sagen: Knapp $\frac{3}{4}$ der Studierenden, die unsere Arbeit hier legitimieren wollen ein NRW-Semesterticket. Die Argumentation, dass solchen basisdemokratischen Entscheidung folge zu leisten sei, ist in den vergangenen Jahren mehrheitlich im Studierendenparlament vertreten worden, ganz konkret zuletzt bei der Urabstimmung zum Boykott, die ebenfalls nicht bindend war. Hier ist das Studierendenparlament dem Votum der Studierenden gefolgt, eben weil die Menge der Studierenden, welche das Studierendenparlament wählt und die Menge derer, die bei der Urabstimmung teilgenommen haben, so gut wie kongruent ist. Zum Vergleich: Bei der Urabstimmung zum Studiengebührenboykott beteiligten sich 9615 Menschen an der Abstimmung, 5397 stimmten dafür, was einer Zustimmung von 56,13% entspricht. Wer sich also der demokratischen Teilhabe in unserer verfassten Studierendenschaft verpflichtet fühlt, sollte den WählerInnenwillen respektieren und danach handeln.